



**Geschäftsführung
Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 09.10.2014

Niederschrift

über die **1. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 25.09.2014, 15:08 Uhr bis 19:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Birgit Gordes	CDU
Herr Michael Frenzel	SPD
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD
Herr Rafael Christof Struwe	SPD
Herr Jörg van Geffen	SPD
Frau Teresa De Bellis-Olinger	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Frau Monika Roß-Belkner	CDU
Frau Sabine Pakulat	GRÜNE
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE.
Herr Ralph Sterck	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Florian Mertens	AfD
Herr Thomas Hegenbarth	Piraten
Herr Andreas Henseler	Freie Wähler Köln
Frau Judith Wolter	pro Köln bis 18.15 Uhr
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE bis 18.05 Uhr
Frau Sigrid Buchholz	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Jürgen Brock-Mildenberger	SPD
Herr Oliver Kreams	SPD
Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner	Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerin
Herr Frank Mühr	auf Vorschlag der CDU

Herr Ilias Uyar	auf Vorschlag der CDU
Herr Jörg Beste	auf Vorschlag der Grünen
Herr Horst Thelen	Grüne ab 15.55 Uhr
Herr Laurens Wellmann	auf Vorschlag der Grünen
Herr Lothar Müller	DIE LINKE.
Herr Norbert Hilden	auf Vorschlag der FDP

Verwaltung

Herr Dr. Ludwig Arentz	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Frau Eva Herr	Dezernat Stadtentwicklung, Planen Bauen und Verkehr
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat Stadtentwicklung, Planen Bauen und Verkehr
Frau Maria Kröger	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Josef Ludwig	Amt für Wohnungswesen
Frau Anne Luise Müller	Stadtplanungsamt
Frau Elke Müssigmann	Stadtplanungsamt
Herr Hans-Jürgen Oster	Bürgeramtsleiter Mülheim
Herr Bernd Pütz	Bauverwaltungsamt
Herr Hans-Martin Wolff	Stadtplanungsamt

Schritfführerin

Frau Marianne Michels	Dezernat Stadtentwicklung, Planen Bauen und Verkehr
-----------------------	---

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Frau Ulrike Lau	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Dr. Ulrich Soénus	auf Vorschlag der CDU

Vorsitzende Gordes begrüßt die Anwesenden zur ersten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses in der Wahlperiode 2014 bis 2020.

Die anwesenden Vertreter der Verwaltung werden kurz vorgestellt.

Anschließend stellt Vorsitzende Gordes zuerst die Beschlussvorlage zu TOP A – Bestellung einer Schriftführerin und ihrer Stellvertreterinnen zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss bestellt für die Dauer der Wahlperiode des Rates 2014 bis 2020 Frau Marianne Michels zur Schriftführerin und Frau Angela Krause sowie Frau Simone Weber zu stellvertretenden Schriftführerinnen.

Zur Unterstützung der Schriftführung werden die Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses –analog dem Verfahren im Rat- auf Tonträger aufgezeichnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Danach bittet sie die Anwesenden sich zu erheben und verpflichtet die nachfolgenden Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses (Sachkundige Bürger und Einwohner) gem. § 58 GO NRW i.V.m. § 5 der Hauptsatzung:

Herr Florian Mertens (AfD)

Herr Jürgen Brock-Mildenberger (SPD)

Herr Oliver Krems (SPD)

Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner (Denkmalpflege)

Frau Sigrid Buchholz (Seniorenvertretung)

Herr Frank Mühr (auf Vorschlag der CDU)

Herr Ilias Uyar (auf Vorschlag der CDU)

Herr Jörg Beste (auf Vorschlag der Grünen),

Herr Laurens Wellmann (auf Vorschlag der Grünen)

Herr Lothar Müller (Die Linke)

Herr Norbert Hilden (auf Vorschlag der FDP)

Im Anschluss daran übergibt sie Herrn Beigeordneten Höing das Wort, der anhand einer Powerpoint-Präsentation ausgewählte bereits verwirklichte oder in der Umsetzung befindliche städtebauliche Projekte vorstellt und seine Visionen für die Entwicklungsmöglichkeiten dieser Stadt darlegt.

Danach verliest Vorsitzende die Änderungen zur Tagesordnung und fragt an, ob seitens der Verwaltung und der Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses weitere Änderungswünsche vorliegen.

Beigeordneter Höing zieht die Vorlage zu TOP 10.1 –Möbelmarkt Poll- zurück.

RM Frenzel bittet um erneute Vertagung der Vorlage zu TOP 16-1 –In der Hand-schaft-, weil er sich noch einmal ein Bild vor Ort machen wolle.

RM Jahn schlägt vor, die Vorlagen zu TOP 7.1 –FNP-Änderung Werthmannstraße- und 10.2 –Offenlage B-Plan Werthmannstraße- wegen des bestehenden Sachzusammenhangs gemeinsam zu beraten.

Vorsitzende Gordes empfiehlt, die Mitteilung zu TOP 17.3 –European Energy Award– vorzuziehen, weil der für Rückfragen anwesende Vertreter der Verwaltung, Herr Dr. Arentz, die Sitzung wegen eines Anschlusstermins vorzeitig verlassen muss.

Vorsitzende Gordes stellt auf Nachfrage fest, dass der Stadtentwicklungsausschuss mit der so geänderten Tagesordnung einverstanden ist. Somit ergibt sich die nachfolgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Bestellung einer Schriftführerin bzw. stellvertretender Schriftführerinnen für den Stadtentwicklungsausschuss 2060/2014

B Bestellung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern sowie eines sachkundigen Bürgers

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Beteiligungsverfahren verbessern
hier: Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 08.05.2014
2539/2014

2 Schriftliche Anfragen

2.1 Baugenehmigungsverfahren in der Kölner Praxis
Anfrage der FDP-Fraktion vom 05.08.2014
AN/0953/2014

3 Anträge

3.1 Unterstützung für Oberbürgermeister Jürgen Roters in seiner Kritik am neuen Landesentwicklungsplan der Landesregierung NRW
Antrag der FDP-Fraktion vom 09.04.2014
AN/0372/2014

und

Stellungnahme der Stadt Köln zum Entwurf des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)
2662/2014

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Umsetzung Masterplan

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 Planfeststellungsverfahren gem. §§ 72 ff VwVfG i. V. m. §§ 18 ff Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG);
hier: Stellungnahme zum Vorhaben "Neubau des ICE-Werkes Köln-Nippes "in Köln-Bilderstöckchen und Köln-Longerich
1665/2014

5.2 Beschluss über die Benennung von fünf Mitgliedern des Stadtentwicklungsausschusses als Teilnehmerinnen beziehungsweise Teilnehmer an einem Zielfindungsworkshop am 24.10.2014 im Vorfeld des städtebaulichen Wettbewerbes "Zündorf-Süd" in Köln-Porz-Zündorf
2106/2014

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

6.1 Verstetigung der Erfolge des Integrierten Handlungsprogramms MÜLHEIM 2020
2242/2014

6.2 Neuberufung Wohnungsbauforum Köln
2240/2014

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

7.1 202. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal
Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
1532/2014

7.2 203. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 4, Köln-Ehrenfeld
Arbeitstitel: Südlich Helmholtzplatz in Köln-Ehrenfeld
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
1955/2014

7.3 194. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk Mülheim
Arbeitstitel: Euroforum Nord in Köln-Mülheim
hier: Feststellungsbeschluss
2266/2014

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

- 8.1 Städtebauliches Planungskonzept "Further Straße/Gilleshof in Köln-Roggendorf/Thenhoven"
hier: Beauftragung des Investors zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
2116/2014

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

- 9.1 Städtebauliches Planungskonzept "Park-and-ride-Anlage Bonner Straße" in Köln-Raderthal; Stellungnahme der Bezirksvertretung Rodenkirchen zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
1243/2014
- 9.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Arbeitstitel: Sinnersdorfer Straße/Mottenkaul in Köln-Roggendorf/Thenhoven;
hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Chorweiler zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung; Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
1754/2014
- 9.3 Städtebauliches Planungskonzept "Östlich Mottenkaul" in Köln-Roggendorf/Thenhoven;
Stellungnahme der Bezirksvertretung Chorweiler zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
1862/2014
- 9.4 Städtebauliches Planungskonzept "Südlich Friedensstraße" in Köln-Porz-Elsdorf; Stellungnahme der Bezirksvertretung Porz zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
2200/2014
- 9.5 Städtebauliches Planungskonzept "Innenentwicklung Heidelweg" in Köln-Sürth; Stellungnahme der Bezirksvertretung Rodenkirchen zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
2220/2014

10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

10.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Möbelmarkt in Köln-Poll
4205/2013
zurückgestellt

10.2 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 62430/03
Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal
1400/2014

10.3 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 59476/02
Arbeitstitel: Nördlich Auf der Aspel in Köln-Widdersdorf
1701/2014

10.4 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 70449/09
Arbeitstitel: Wiersbergstraße in Köln-Kalk
2091/2014
zurückgestellt

10.5 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Barcelona-Allee in Köln-Kalk
2221/2014

10.6 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: "Ringstraße/Ecke Schillingsrotter Straße" in Köln-Rodenkirchen
2513/2014

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 67478/02
Arbeitstitel: Amsterdamer Straße in Köln-Riehl
2004/2014

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67439/04
Arbeitstitel: Nördliche Severinstraße (Bezirksteilzentrum) in Köln-Altstadt/Süd
2202/2014

12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 69449/03
Arbeitstitel: Deutzer Ring in Köln-Deutz und -Humboldt/Gremberg, 2. Änderung
2283/2014

12.4 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66455/06 im ergänzenden Verfahren
Arbeitstitel: Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord
2291/2014

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

14.1 Aufhebung des Bebauungsplanes 66420/06
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Bischofsweg in Köln-Raderberg
0903/2013

14.2 Teilaufhebung des Durchführungsplanes 70469/02
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Cusanusstraße in Köln-Buchforst
1867/2014

14.3 Teilaufhebung des Bebauungsplanes 70460/04
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Pyrmonter Straße in Köln-Buchforst und Köln-Kalk
1872/2014

14.4 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 1215
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Schweinheimer Straße/Kochwiesenstraße in Köln-Holweide
2199/2014

15 Sonstige Satzungen

15.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Buchforst
Arbeitstitel: "Zentrum Buchforst" in Köln-Buchforst
1965/2014

15.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Holweide
Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide
2043/2014

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

- 16.1 Beschluss der Bezirksvertretung Kalk: Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Siedlung "In der Handschaft" in Köln-Brück
0614/2014
zurückgestellt

17 Mitteilungen

- 17.1 Strategisches Flächenmanagement und Bodenwirtschaft
Positionspapier des Deutschen Städtetages
1343/2014
- 17.2 EU-Projekt Horizon 2020
1777/2014
- 17.3 European Energy Award - der Klimaschutz-Check wurde gestartet.
2523/2014
- 17.4 Zielvereinbarung zur Umsetzung eines Globalbudgets für die Wohnraumförderung
2537/2014
- 17.5 Planfeststellungsverfahren für den Bau des Rhein-Ruhr-Express (RRX) -
Planfeststellungsabschnitt 1.1 Köln-Mülheim bis Köln-Stammheim
2579/2014
- 17.6 Kommunales Wohnungsbauprogramm vom 15.05.2012 - Förderatlas
2623/2014
- 17.7 Sachstandsbericht zum Vorhaben Fernbuslinienbahnhof am Flughafen
Köln/Bonn
2620/2014
- 17.8 Sanierung südliche Innenstadt-Erweiterung | ESIE
2802/2014
- 17.9 Dringlichkeitsantrag der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 16.12.2013 betreffend Grundstück Liebigstraße 201 für Wohnen entwickeln;
hier: Auftrag des Stadtentwicklungsausschusses an die Verwaltung zur Erstellung eines Lärmgutachtens
2822/2014

18 Mündliche Anfragen

- 18.1 Mündliche Anfrage des RM Kienitz zu den Modalitäten des Kooperativen Bau-landmodells
- 18.2 Mündliche Anfrage des RM Roß-Belkner zu einem Bauvorhaben in der Kapellenstraße, Köln-Rondorf
- 18.3 Mündlicher Antrag des RM Sterck zur Geschäftsordnung

19 Gleichstellungsrelevante Themen

II. Nichtöffentlicher Teil

20 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

21 Schriftliche Anfragen

22 Anträge

23 Stadtplanung - Projekte

24 Gestaltungsbeirat

- 24.1 Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 28.04.2014
2231/2014
- 24.2 Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 12.05.2014
2233/2014
- 24.3 Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 13.06.2014
2234/2014

25 Sonstige Vorlagen

- 25.1 Kurt-Hackenberg-Platz in Köln-Altstadt/Nord; hier: Bedarfsfeststellung für die Fortführung des Workshopverfahrens
1832/2014

26 Mitteilungen

26.1 Benennung der Vertreterinnen und Vertreter des Stadtentwicklungsausschusses nach der Kommunalwahl für das Begleitgremium "ständige Jury MesseCity"
1882/2014
zurückgestellt

26.2 Handlungskonzept preiswerter Mietwohnungsbau in Köln
2367/2014

27 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Bestellung einer Schriftführerin bzw. stellvertretender Schriftführerinnen für den Stadtentwicklungsausschuss 2060/2014

Dieser Punkt wurde zu Beginn der Sitzung behandelt.

B Bestellung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern sowie eines sachkundigen Bürgers

Dieser Punkt wurde zu Beginn der Sitzung behandelt.

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Beteiligungsverfahren verbessern hier: Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 08.05.2014 2539/2014

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

2 Schriftliche Anfragen

2.1 Baugenehmigungsverfahren in der Kölner Praxis Anfrage der FDP-Fraktion vom 05.08.2014 AN/0953/2014

Eine schriftliche Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor und wird nachgereicht.

3 Anträge

3.1 Unterstützung für Oberbürgermeister Jürgen Roters in seiner Kritik am neuen Landesentwicklungsplan der Landesregierung NRW Antrag der FDP-Fraktion vom 09.04.2014 AN/0372/2014

und

**Stellungnahme der Stadt Köln zum Entwurf des Landesentwicklungsplans
Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)
2662/2014**

RM Sterck dankt der Verwaltung für die ausführliche Stellungnahme zu seinem Antrag. Da die Verwaltung darin eine Vorlage angekündigt habe, stellt er seinen Antrag bis zur Einbringung dieser Vorlage zurück.

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Umsetzung Masterplan

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 Planfeststellungsverfahren gem. §§ 72 ff VwVfG i. V. m. §§ 18 ff Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG); hier: Stellungnahme zum Vorhaben "Neubau des ICE-Werkes Köln-Nippes" in Köln-Bilderstöckchen und Köln-Longerich 1665/2014

Der Stadtentwicklungsausschuss genehmigt nachfolgende Dringlichkeitsentscheidung:

Beschluss:

Gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 Gemeindeordnung NW (GO NW) beschließen wir, im Planfeststellungsverfahren die der Beschlussvorlage 1403/2014 als Anlagen 3 und 5 beigefügten Stellungnahmen mit den Ergänzungen aus dem Beschluss der Bezirksvertretung Nippes aus der Sitzung vom 15.05.2014 abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2 Beschluss über die Benennung von fünf Mitgliedern des Stadtentwicklungsausschusses als Teilnehmerinnen beziehungsweise Teilnehmer an einem Zielfindungsworkshop am 24.10.2014 im Vorfeld des städtebaulichen Wettbewerbes "Zündorf-Süd" in Köln-Porz-Zündorf 2106/2014

Vorsitzende Gordes schlägt vor, neben den Mitgliedern schon jetzt auch deren Stellvertreter zu benennen. Sie stellt fest, dass der Stadtentwicklungsausschuss damit einverstanden ist und bittet die Fraktionen um Vorschläge.

RM Frenzel benennt für die SPD-Fraktion sich selbst und Herrn Krems als seinen Stellvertreter.

RM Kienitz benennt für die CDU-Fraktion Frau Gordes und Frau Henk-Hollstein als Stellvertreterin.

RM Dr. Welpmann benennt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Jahn und Herrn Redlin als Stellvertreter.

RM Weisenstein benennt für die Fraktion Die Linke sich selbst und Frau Stahlhofen als Stellvertreterin.

RM Sterck benennt für die FDP-Fraktion sich selbst und Herrn Hilden als Stellvertreter.

Vorsitzende Gordes stellt den Beschlussvorschlag in dieser Form zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Benennung folgender Mitglieder als Teilnehmerinnen beziehungsweise Teilnehmer an einem ganztägigen Zielfindungsworkshop am 24.10.2014 im Vorfeld des städtebaulichen Wettbewerbes "Zündorf-Süd" in Köln-Porz-Zündorf:

- | | | | |
|----|---------------------|---------------|---------------------|
| 1. | Michael Frenzel | Vertreter/in: | Oliver Kreams |
| 2. | Birgit Gordes | Vertreter/in: | Anne Henk-Hollstein |
| 3. | Kirsten Jahn | Vertreter/in: | Dieter Redlin |
| 4. | Michael Weisenstein | Vertreter/in: | Gisela Stahlhofen |
| 5. | Ralph Sterck | Vertreter/in: | Norbert Hilden |

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

**6.1 Verstetigung der Erfolge des Integrierten Handlungsprogramms
MÜLHEIM 2020
2242/2014**

RM Kienitz spricht sich dafür aus, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

RM Frenzel hätte sich zu dieser Thematik ein klares positives Votum in diesem Ausschuss gewünscht. Die SPD begrüße die Vorlage ausdrücklich.

Vorsitzende Gordes stellt klar, auch ihre Fraktion zweifle nicht an der Sinnhaftigkeit und der Zielsetzung der Maßnahmen, jedoch mögen zunächst im Finanzausschuss die finanziellen Auswirkungen durchleuchtet werden.

RM Weisenstein hält es ebenso wie Herr Frenzel für wichtig, dass sich der Stadtentwicklungsausschuss entsprechend positioniere. Das Projekt Mülheim 2020 habe überwiegend positive Erfolge für den Stadtbezirk erzielt und diesen nachhaltig verändert.

RM Hegenbarth stellt einige inhaltliche Nachfragen zum Projekt, die von Herrn Oster (Amtsleiter des Bürgeramtes Mülheim) beantwortet werden.

RM Jahn begrüßt von Seiten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls die vorliegende Verwaltungsvorlage. Allerdings hätten die vorberatenden Fachausschüsse die

Vorlage nicht ohne Grund ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen. Es gebe noch Klärungsbedarf zu diversen Fragestellungen.

Vorsitzende Gordes schlägt vor, die Vorlage ohne Votum und mit den Diskussionsbeiträgen in die nachfolgenden Gremien zu verweisen und stellt dies zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage mit den Diskussionsbeiträgen ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.2 Neuberufung Wohnungsbauforum Köln
2240/2014**

RM Sterck spricht sich dafür aus, alle fünf Fraktionen an dem Wohnungsbauforum zu beteiligen.

Vorsitzende Gordes stellt fest, dass der Stadtentwicklungsausschuss damit einverstanden ist und bittet die Fraktionen um namentliche Benennung ihrer Vertreter:

<u>Vertreter:</u>	<u>Stellvertreter</u>
Michael Frenzel	Rafael Struwe
Niklas Kienitz	Birgit Gordes
Kirsten Jahn	NN
Michael Weisenstein	NN
Ralph Sterck	Christtraut Kirchmeyer

Vorsitzende Gordes lässt über den so ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Neuberufung des Wohnungsbauforums Köln für die Ratsperiode 2014 – 2020 und stimmt folgender Besetzung unter Leitung des Oberbürgermeisters Jürgen Roters zu:

~~(4)~~ 5 Vertreter der im Rat vertretenen Fraktionen

1 Vertreter der GAG

5 Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Kölner Wohnungsunternehmen

4 Vertreter des Landesverbandes Freier Wohnungsunternehmen

- 2 Vertreter der Wohnungsbauinitiative Köln
- 1 Vertreter des Haus- und Grundbesitzervereins
- 1 Vertreter des Mietervereins
- 1 Vertreter der IHK
- 1 Vertreter des Arbeitskreises Urbanes Wohnen im Leitbild 2020
- 1 Vertreter des Hauses der Architektur Köln
- 1 Vertreter der Sparkasse Köln/Bonn
- 1 Vertreter der Kreissparkasse Köln
- 1 Vertreter des DGB Köln
- 3 Vertreter externer Kommunen
- 6 Vertreter der Stadtverwaltung

2. Als Vertreter der Fraktionen werden benannt:

<u>Fraktion</u>	<u>Vertreter</u>
Michael Frenzel	Rafael Struwe
Niklas Kienitz	Birgit Gordes
Kirsten Jahn	NN
Michael Weisenstein	NN
Ralph Sterck	Christtraut Kirchmeyer

3. Die namentliche Benennung der Vertreter aus der Wohnungs- und Finanzwirtschaft, den Verbänden und den weiteren unter Ziffer 1 genannten Institutionen erfolgt durch den Oberbürgermeister nach deren Vorschlag.
4. Das Wohnungsbauforum tritt im Regelfall dreimal im Jahr zusammen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

- 7.1 202. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal**
Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
1532/2014

Die Vorlage wurde in Sachzusammenhang mit TOP 10.2 – Offenlage B-Plan Werthmannstraße – beraten.

RM De Bellis-Olinger begrüßt seitens der CDU-Fraktion die Entwicklung in dem in Rede stehenden Gebiet, allerdings mögen die aus der Bürgerbeteiligung hervorgegangenen Anregungen und deren teils konstruktiven Vorschläge stärker in das Verfahren einfließen. Sie stelle daher folgenden mündlichen Änderungsantrag:

- Es ist eine Zuwegung über den Militärring zu realisieren.
- Im Bereich der Bebauung am Rosengarten ist eine Massenreduzierung herbeizuführen.
- Die Parkplatzsituation ist zu optimieren.

RM Pakulat legt Wert darauf, die Durchlässigkeit des Gebietes zu erhalten, bzw. dort herzustellen, wo sie nicht vorhanden ist. Damit meine sie insbesondere die Ost-West-Beziehung und die Nord-Süd-Querungen. Ferner wünsche sie den Erhalt der Blickbeziehungen im Bereich der geplanten Schule. Den anvisierten Standort für den Schulhof im Bereich des Grüngürtels halte sie für unglücklich gewählt, weil dieser hierdurch eingeschränkt werde. Sie bittet die Verwaltung um Erläuterung ob, bzw. wie sie gedanke, den Schulhof abzugrenzen und wie sie sich die Gestaltung vorstelle. Auch bittet sie die Verwaltung, detaillierte Pläne für den geplanten Lärmschutzwall vorzulegen.

Herr Wolff (Stadtplanungsamt) geht zunächst auf den Änderungsantrag der CDU ein; im Bereich des Rosengartens sei bereits eine Geschossreduzierung herbeigeführt worden, nicht aber eine Massenreduzierung. Sofern gewünscht, müsse dies im weiteren Verfahren noch geprüft werden. Bezüglich der Anbindung des Plangebietes an den Militärring, gebe es die unmissverständliche Aussage des Landesbetriebs Straßenbau NRW als Straßenbaulastträger der Landesstraße Militärring, dass diese eine solche Anbindung nicht zulassen werde, da es sich bei der Werthmannstraße um keine innerstädtische Hauptverkehrsstraße handele. Hinsichtlich der beantragten Stellplatzoptimierung verhalte es sich so, dass vorgesehen sei, ein überwiegend Autofreies Quartier zu entwickeln. So sollen etwa 200 Stellplätze in einer Tiefgarage für das WA 1 untergebracht werden. Für die WA 2 und 3 sind oberirdische Stellplätze an den Wohnhäusern vorgesehen, so dass der Stellplatzschlüssel insgesamt ausgeglichen sei. D.h., für jede Wohneinheit gebe es einen Stellplatz. Sofern dennoch eine Erhöhung des Stellplatzangebotes gewünscht werde, müsse auch dies im weiteren Verfahren geprüft werden.

Bezüglich des Redebeitrages von Frau Pakulat führt Herr Wolff weiter aus, dass das nun vorliegende Planungskonzept das Ergebnis des damaligen Gutachterverfahrens widerspiegeln. Als Lärmschutz sei kein technisches Bauwerk, sondern ein gestaltetes Landschaftselement vorgesehen.

Beigeordneter Höing ergänzt in Bezug auf die Gestaltung des Schulhofes, dass derartige Diskussionen –ähnlich wie beim Heliosgelände- im Laufe des konkreten Verfahrens noch intensiv zu führen seien. Dann müsse überlegt werden, ob Schulhöfe in den Stadtraum integriert werden können, bzw. inwieweit sie abgegrenzt werden müssen. Keinesfalls aber werde die Hofffläche im Bereich des Grüngürtels mit einer Asphaltdecke versehen.

RM Weisenstein bedauert, dass der Änderungsantrag der CDU nicht –wie sonst üblich- verschriftlicht worden sei. Dennoch sei klar, dass er die Zielsetzung des Antrages nicht unterstützen werde. In Anbetracht dringend benötigten Wohnraumes sei nicht nachvollziehbar, warum ausgerechnet in einem Stadtteil, der sich mit überdurchschnittlich viel Grün auszeichne, eine Baumassenreduzierung vorgenommen werden solle. Auch Gründe, die eine Erhöhung der Stellplätze rechtfertigen würden, seien nicht erkennbar und wie Herr Wolff eben ausgeführt habe, sei eine Anbindung an den

Militärring nicht möglich. Insofern werde er der Verwaltungsvorlage, nicht aber dem Änderungsantrag zustimmen.

RM Frenzel stimmt den Ausführungen seines Vorredners zu. Zudem müssten derlei Diskussionen auch irgendwann mal ein Ende haben, zumal man den Bürgern vor Ort in mehreren Bereichen, wie beispielsweise einer Geschossreduzierung im Bereich des Rosengartens, bereits entgegen gekommen sei. Auch die Politik trage eine Verantwortung, Projekte nicht weiter zu verzögern sondern voranzutreiben, um dem dringend benötigten Wohnraumbedarf gerecht zu werden. Im Übrigen habe er großes Vertrauen in die Verwaltung, dass diese eine Durchlässigkeit zum Militärring konzipieren werde, so dass kein Spaziergänger im Bereich der Schule auf die andere Seite des Militärrings wechseln müsse.

RM Pakulat unterstützt von Seiten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls die Verwaltungsvorlage, bittet aber die Verwaltung darum, ihre eingangs gestellten Fragen bis zur Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal noch schriftlich zu beantworten, um der Bezirksvertretung eine fundierte Diskussionsgrundlage an die Hand zu geben.

Da keine weiteren Wortbeiträge vorliegen, stellt Vorsitzende Gordes den Verweiserbeschluss mit den Diskussionsbeiträgen und ohne Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung. Den Änderungsantrag werde sie bei der Abstimmung zu TOP 10.2 aufrufen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage mit Diskussionsbeiträgen zur Beratung in den Ausschuss für Umwelt und Grün und die Bezirksvertretung Lindenthal.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.2 203. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 4, Köln-Ehrenfeld
Arbeitstitel: Südlich Helmholtzplatz in Köln-Ehrenfeld
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
1955/2014

Vorsitzende Gordes stellt die Beschlussvorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt

1. für den im planungsverbindlichen Flächennutzungsplan (FNP) in der Anlage 1 aufgeführten Teilbereich eine Planänderung gemäß § 2 Absatz 4 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten;
2. die 203. Änderung des FNP —Arbeitstitel: Südlich Helmholtzplatz in Köln-Ehrenfeld— gemäß § 3 Absatz 2 BauGB mit der gemäß § 5 Absatz 5 BauGB als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen offenzulegen.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Ehrenfeld ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.3 194. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk Mülheim
Arbeitstitel: Euroforum Nord in Köln-Mülheim
hier: Feststellungsbeschluss
2266/2014

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat

1. stellt fest, dass gegen die 194. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) von den Trägern öffentlicher Belange sowie Bürgern keine Anregungen vorgebracht wurden;
2. stellt die 194. Änderung des FNP —Arbeitstitel: Euroforum Nord in Köln-Mülheim— mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch als Anlage beigefügten Begründung fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

8.1 Städtebauliches Planungskonzept "Further Straße/Gilleshof in Köln-Roggendorf/Thenhoven"
hier: Beauftragung des Investors zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
2116/2014

SE Beste begrüßt ausdrücklich, dass bei den westlich zur Bebauung anstehenden Flächen von Roggendorf/Thenhoven auch die Ortsränder mit einem Wettbewerb belegt worden seien. Allerdings sei in diesem Ausschuss zum Teil der Eindruck entstanden, dass im weiteren Verfahren zur Ausarbeitung des Bebauungsplanes das ursprüngliche Konzept aufgeweicht werde, beispielsweise was die Durchwegungen betreffe. Auch zu dem nun vorliegenden Planungskonzept habe er nachfolgende Anmerkungen:

- In Bezug auf die Durchgängigkeit des Plangebietes halte er es für sinnvoller, die Stichstraße bis an die Grenze der Bebauung mit den Einfamilienhäusern durchzuführen. Denn sollte der dahinter liegende Hof in Zukunft anders bebaut werden, müsse dieser zumindest fußläufig an das Baugebiet angeschlossen werden können.

- In Bezug auf die Hinterland Bebauung im südlichen Bereich habe es Änderungen zum Wettbewerbsergebnis gegeben, die seines Wissens nach eine veränderte Wegeführung zur Folge habe. Hierzu bittet er die Verwaltung um Erläuterung.
- In Bezug auf die bauliche Dichte bittet er ebenfalls um Erläuterung, ob diese gegenüber dem Wettbewerbssentwurf unverändert sei.
- In Bezug auf die Ausgleichsverpflichtung beantrage er, den letzten Satz der Anlage 4 dahingehend zu ändern, als dass das verbleibende Defizit ausgeglichen werden muss (also nicht: gegebenfalls müsste).

Frau Müller (Leiterin des Stadtplanungsamtes) sagt zu, eine mögliche Anbindung an den Hof zu prüfen. Und in der Tat gebe es kleinere Veränderungen in Bezug auf die gewollte und im damaligen Wettbewerbsergebnis enthaltene Hinterland Bebauung. Dies sei dem Umstand geschuldet, dass sich die Fläche in Privateigentum befindet und die Eigentümer kein Interesse gehabt hätten, sich an dem Verfahren zu beteiligen. Die Verwaltung habe keine Rechtsgrundlage, die gewünschte Vernetzung ohne die Zustimmung der Eigentümer zu realisieren. Bezüglich der Forderung nach einem 100-prozentigem Ausgleich stehe es dem Stadtentwicklungsausschuss frei, einen derartigen Beschluss zu fassen. Sie weise aber darauf hin, dass es hierzu einen gewissen Ermessensspielraum gebe, wonach auf einen kompletten Ausgleich verzichtet werden kann, wenn die Qualität des Ausgleichs diesen Mangel kompensiere.

RM Jahn appelliert an alle Beteiligten, zumindest eine Option für eine Durchwegung zu den Wohngebieten 1 und 2 zu schaffen. Anderenfalls verbaue man sich potentielle Bauflächen künftiger Jahre.

RM Frenzel schließt sich den Ausführungen seiner Vorrednerin an. Bereits im damaligen Wettbewerb habe man sich Gedanken um die Anbindung künftiger Wohngebiete gemacht. Das Planungsbüro habe deswegen eine zusätzliche Erschließungsstraße nördlich des Hofes vorgesehen, um einen Anschluss zu der Planstraße der Hinterland Bebauung zu ermöglichen. Voraussetzung hierfür sei, ein Stück der südlichen Bebauung aufzugeben und diesen Bereich offen zu halten. Ähnliche Forderungen habe man schon bei anderen Planvorhaben aufgestellt und dabei gute Erfahrungen gemacht. An diesem Leitgedanken möge der Stadtentwicklungsausschuss festhalten.

Frau Müller sagt zu, die Option einer Durchwegung im weiteren Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen.

RM DR. Welpmann nimmt nachfolgend grundsätzlich zu dem Thema Eingriffs-/Ausgleichsregelungen Stellung. Und zwar sollte darüber nachgedacht werden, ob man mit einem sogenannten „Öko-Konto“ bessere Lösungen erzielen könnte. Das heißt, der Ausgleich müsse immer zu 100 Prozent erfolgen, jedoch werde durch die Anlegung eines Öko-Kontos mehr Flexibilität zugelassen. Dies käme den Investoren entgegen und auf diese Weise könnten Maßnahmen zusammengefasst werden mit dem Ziel, eine höhere ökologische Qualität des Ausgleichs in einer räumlich sinnvollen Struktur zu erreichen.

RM Kienitz klärt auf, derartige Anregungen habe er und seine Fraktion bereits seit Jahren wiederholt im Ausschuss für Umwelt und Grün eingebracht.

RM Sterck unterstützt ausdrücklich die Überlegungen zu einem Öko-Konto.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Vorsitzende Gordes zunächst den mündlichen Änderungsantrag des Herrn Beste zu der Ausgleichsforderung zur Abstimmung:

1. Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss fordert, dass der Ausgleich für den Eingriff zu 100 Prozent erfolgen muss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anschließend stellt Vorsitzende Gordes den Verweisungsbeschluss ohne Wiedervorlageverzicht und mit der Maßgabe, im Bebauungsplanverfahren eine Durchwegung zu der Hinterland Bebauung offen zu halten, zur Abstimmung:

2. Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage mit Änderungen und Diskussionsbeiträgen zur Anhörung in die Bezirksvertretung Chorweiler.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

**9.1 Städtebauliches Planungskonzept "Park-and-ride-Anlage Bonner Straße" in Köln-Raderthal; Stellungnahme der Bezirksvertretung Rodenkirchen zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
1243/2014**

RM Roß-Belkner führt aus, sie wisse aus ihrer früheren Tätigkeit in der Bezirksvertretung Rodenkirchen, dass die Park-and-ride-Anlage an dem vorgesehenen Standort von der näheren Bevölkerung nicht akzeptiert werde. Zudem gebe es bis heute keine einvernehmliche Regelung mit dem dort ansässigen Tennisclub und auch die Anbindung an die 4. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn sei noch nicht geklärt. Die CDU lehne die Vorlage deswegen nach wie vor ab.

RM Frenzel entgegnet, der Standort sei bereits vieldiskutiert worden und der jetzt in Rede stehende habe sich als der am meisten geeignete herausgestellt. Seiner Ansicht nach müssten die Fakten, so wie sie sich darstellen, akzeptiert werden. Die Lösung könne nicht sein, das Vorhaben in Gänze in Frage zu stellen. Im Sinne einer zukunfts- und leistungsfähigen Verkehrspolitik und zur Entlastung der Bonner Straße vor dem Individualverkehr könne auf die Park-and-ride-Anlage im Kölner Süden nicht verzichtet werden.

RM Sterck unterstützt die Aussagen seines Vorredners. Zudem gehe es auch um die Darstellung des wirtschaftlichen Nutzens der 3. Baustelle der Nord-Süd-Stadtbahn. Ohne die Park-and-ride-Anlage fehle eine Verknüpfung zur Autobahn, was den Nutzen stark in Zweifel ziehen würde. Dies halte er für unverantwortlich.

RM Henseler zeigt sich verwundert, dass die zur letzten Sitzung vertagte Vorlage unverändert wieder eingebracht worden sei. Er halte es für völlig unangebracht, dass die Verwaltung nicht weiter auf die Bedenken der Bürgerinitiative eingehe. Anschließend eröffnet er erneut eine Standortdiskussion und spricht sich für die gegenüber liegende Fläche aus.

RM Hegenbarth bittet um kurze Darstellung der Standortalternativen, da er neu in diesem Ausschuss sei.

RM Weisenstein und RM Sterck kommen dieser Bitte nach und berichten ausführlich über das Ergebnis der Beratungen im Verkehrsausschuss.

Nach kurzer weiterer Diskussion stellt Vorsitzende Gordes die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage des städtebaulichen Planungskonzeptes —Arbeitstitel: "Park-and-ride-Anlage Bonner Straße" in Köln-Raderthal— abweichend vom Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 31.03.2014 (siehe Anlage 4) den Bebauungsplan-Entwurf auszuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion.

**9.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Arbeitstitel: Sinnersdorfer Straße/Mottenkaul in Köln-Roggendorf/Thenhoven;
hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Chorweiler zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung; Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
1754/2014**

Der Stadtentwicklungsausschuss genehmigt nachfolgende Dringlichkeitsentscheidung:

Beschluss:

Gemäß § 60 Absatz 2 Satz 1 GO NRW in Verbindung mit § 10 der Hauptsatzung beauftragen wir die Verwaltung, den Vorhabenträger aufzufordern, den Bebauungsplan-Entwurf —Arbeitstitel: Sinnersdorfer Straße/Mottenkaul in Köln-Roggendorf/Thenhoven— auf Grundlage der Variante 1 auszuarbeiten. Der Stellungnahme der Bezirksvertretung Chorweiler zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung vom 08.05.2014 wird teilweise entsprochen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.3 Städtebauliches Planungskonzept "Östlich Mottenkaul" in Köln-Roggendorf/Thenhoven; Stellungnahme der Bezirksvertretung Chorweiler zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes 1862/2014

RM Jahn spricht sich für die Weiterverfolgung der Variante 2 aus, weil hierdurch in der Mitte ein Platz, bzw. öffentlicher Raum geschaffen werde und das Plankonzept insgesamt attraktiver und passender für das Gebiet sei.

RM Frenzel stimmt diesem Vorschlag zu.

RM Kienitz bittet die Verwaltung um erneute Prüfung, ob ein Anschluss an die A 57 – wie von der Bezirksvertretung und den Bürgern gewünscht- realisiert werden könne.

SE Mühr unterstützt die Anregung des Herrn Kienitz. Der Anschluss an die A 57 sei ein wichtiges, auf die Zukunft gerichtetes Verkehrsprojekt und einstimmig von der Bezirksvertretung Chorweiler beschlossen worden.

RM Sterck geht davon aus, dass es der Bezirksvertretung zunächst um die Anbindung an eine Umgehungsstraße gehe. Dies habe aber nichts mit dem vorliegenden Bebauungsplan zu tun.

Vorsitzende Gordes stellt auf Nachfrage fest, dass sich die Mehrheit des Ausschusses für eine Weiterverfolgung der Variante 2 ausspricht und stellt die so geänderte Verwaltungsvorlage zur Abstimmung:

Ergänzter Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, für den Bereich "Östlich Mottenkaul" in Köln-Roggendorf/Thenhoven einen Bebauungsplan-Entwurf unter teilweiser Berücksichtigung der Stellungnahme der Bezirksvertretung Chorweiler zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung vom 08.05.2014 gemäß der Anlage 3 auszuarbeiten.

Im weiteren Planverfahren ist die Variante 2 zugrunde zu legen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.4 Städtebauliches Planungskonzept "Südlich Friedensstraße" in Köln-Porz-Elsdorf; Stellungnahme der Bezirksvertretung Porz zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes 2200/2014

Vorsitzende Gordes appelliert an alle Beteiligten, Lösungen für die problematische verkehrliche Situation in Porz zu entwickeln.

RM Frenzel fragt an, ob die geäußerten Bedenken hinsichtlich der Abwasserproblematik begründet seien.

Frau Müssigmann (stellv. Leiterin des Stadtplanungsamtes) führt aus, das Plangebiet müsse in diesem Zusammenhang mit dem westlich angrenzenden, wesentlich größeren Plangebiet mit dem Arbeitstitel „Fuchskaul“ betrachtet werden. Dort sei in der Tat eine zusätzliche Mulde in einer Größenordnung von 150 Kubikmetern zum Auffang des Regenwassers vorgesehen. Im weiteren Verfahren sei jedoch noch zu untersuchen, wie das Niederschlagswasser im vorliegenden Plangebiet auch vor Ort versickert werden könne.

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, für den Bereich des städtebaulichen Planungskonzeptes –Arbeitstitel: "Südlich Friedensstraße" in Köln-Porz-Elsdorf– einen Bebauungsplan-Entwurf unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Bezirksvertretung Porz zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung vom 16.01.2014 gemäß der Anlagen 1 bis 5 auszuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.5 Städtebauliches Planungskonzept "Innenentwicklung Heidelweg" in Köln-Sürth; Stellungnahme der Bezirksvertretung Rodenkirchen zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes 2220/2014

RM Roß-Belkner spricht sich im Namen der CDU-Fraktion für eine Weiterverfolgung der Variante 2 aus. Diese Variante erscheine ihr für das Plangebiet am ehesten passend und auch die Zuwegungen würden hier erleichtert.

RM Jahn legt Wert darauf, im Osten des Plangebiets eine Erschließungsoption für eine gegebenenfalls noch stattfindende Erweiterung offen zu halten. Ferner bittet sie die Verwaltung um Ausarbeitung einer weiteren Variante, die zwischen den Varianten 1 und 2 vermittele.

RM Frenzel ist der Auffassung, vorrangig müsse das bestehende Wegerecht geklärt werden. Den Planunterlagen sei zu entnehmen, dass es ein solches lediglich im Norden des Plangebiets für ein Grundstück gebe. Hier stelle sich die Frage, ob das Wegerecht auf weitere Grundstücke erweitert werden könne und bittet die Verwaltung um Stellungnahme hierzu.

RM Sterck kann den Vorschlag von Frau Jahn nicht nachvollziehen, die Varianten 1 und 2 zu mischen, denn bei Variante 1 sei wegen der Stellung eines Gebäudes die gewünschte Erschließungsfunktion nach Osten nicht möglich. Bei Variante 2 blieben hingegen Erweiterungsmöglichkeiten sowohl nach Osten als auch nach Westen offen.

Daraufhin stellt RM Jahn klar, dass Sie unter der Voraussetzung des Offenhaltens einer Erweiterungsfunktion nach Osten, sich ebenfalls der Variante 2 anschließen.

SE Beste weist noch darauf hin, dass bei den Varianten 1 und 2 jeweils 3 Tiefgaragen mit separaten Zufahrten vorgesehen seien. Seiner Ansicht nach wäre es städtebaulich sinnvoller, hier nur eine Tiefgaragenzufahrt vorzusehen.

Herr Wolff (Stadtplanungsamt) antwortet auf die Fragen des Herrn Frenzel, dass der Investor gegenüber der Verwaltung erklärt habe, dass sich die Eigentümer, die die Grundstücksentwicklung betreiben, die Flächenverfügbarkeit für eine ausreichend dimensionierte Erschließung gesichert hätten.

Vorsitzende Gordes stellt fest, dass die Weiterverfolgung der Variante 2 befürwortet wird und stellt die so geänderte Verwaltungsvorlage zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage des städtebaulichen Planungskonzeptes —Arbeitstitel: "Innenentwicklung Heidelweg" in Köln-Sürth— abweichend vom Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 05.05.2014 (siehe Anlage 11) das Bebauungsplanverfahren weiter zu betreiben und den Bebauungsplan-Entwurf entsprechend der Variante **3 2** auszuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

10.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Arbeitstitel: Möbelmarkt in Köln-Poll 4205/2013

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

10.2 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 62430/03 Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal 1400/2014

Die Vorlage wurde in Sachzusammenhang mit TOP 7.1 – FNP-Änderung Werthmannstraße – beraten.

1. Beschluss: (mündlicher Änderungsantrag der CDU-Fraktion)

- Es ist eine Zuwegung über den Militärring zu realisieren.
- Im Bereich der Bebauung am Rosengarten ist eine Massenreduzierung herbeizuführen.
- Die Parkplatzsituation ist zu optimieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

2. Beschluss: *(gem. Verwaltungsvorlage mit Wiedervorlageverzicht)*

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf 62430/03 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet südlich und westlich des Krankenhauskomplexes St. Elisabeth - Hohenlind, nördlich der Wohnbaugrundstücke Am Mönchshof 9, Am Schloßgarten 7 und 8, Am Platzhof 5 und 6, An der Mühle 6, 8 und 9, westlich der Wohnbaugrundstücke Am Platzhof 7 und 9 sowie Bachemer Straße 34, nördlich der Bachemer Straße, östlich des Militärringes und südlich der Werthmannstraße in Köln-Lindenthal —Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal— nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Lindenthal ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 59476/02
Arbeitstitel: Nördlich Auf der Aspel in Köln-Widdersdorf
1701/2014**

RM Pakulat hält die Breite der Straße für überdimensioniert.

Der Stadtentwicklungsausschuss genehmigt nachfolgende Dringlichkeitsentscheidung:

Beschluss:

Gemäß § 60 Absatz 2 Satz 1 GO NRW in Verbindung mit § 10 der Hauptsatzung beschließen wir, den Bebauungsplan-Entwurf 59476/02 mit gestalterischen Festsetzungen für das circa 4 350 m² große Areal am südöstlichen Siedlungsrand der sogenannten Planungsstufe 2 und nördlich des Fuß- und Radweges Auf der Aspel in Köln-Widdersdorf —Arbeitstitel: Nördlich auf der Aspel in Köln-Widdersdorf— nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 70449/09
Arbeitstitel: Wiersbergstraße in Köln-Kalk
2091/2014**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

10.5 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Barcelona-Allee in Köln-Kalk
2221/2014

SE Krems begrüßt von Seiten der SPD die Verwaltungsvorlage, regt jedoch an zu prüfen, wie man die Achse, die sich von Kalk-Post bis zu den Köln Arcaden durchzieht, vorbei am Wasserturm bis zum Bürgerpark, im weiteren Verfahren mit berücksichtigen könne.

RM Jahn legt Wert auf ein qualitativ hochwertiges Konzept.

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet östlich des Walter-Pauli-Rings, südlich der Corintostraße, westlich der Barcelona-Allee und nördlich der Geschwister-Katz-Straße (Gemarkung Kalk, Flur 21, Flurstücke 459 und 460) in Köln-Kalk —Arbeitstitel: Barcelona-Allee in Köln-Kalk— einzuleiten mit dem Ziel, Wohnbebauung und Büro- und Dienstleistungsnutzungen festzusetzen. Grundlage für die weitere Ausarbeitung der Planung wird das Ergebnis des von der Vorhabenträgerin (GAG Immobilien AG) durchzuführenden städtebaulichen Qualifizierungsverfahrens.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Kalk ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.6 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: "Ringstraße/Ecke Schillingsrotter Straße" in Köln-Rodenkirchen
2513/2014

RM Sterck stellt den mündlichen Antrag, die Vorlage zur heutigen Sitzung zu vertagen und die Entscheidung am Rande der kommenden Ratssitzung im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung herbeizuführen.

Nach eingehender Diskussion hierüber, stellt Vorsitzende Gordes zunächst den Vertagungsantrag zur Abstimmung:

1. Beschluss: *(mündlicher Vertagungsantrag der FDP-Fraktion)*

Die Vorlage wird vertagt. Anschließend ist eine Dringlichkeitsentscheidung herbeizuführen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die CDU- und die FDP-Fraktion.

2. Beschluss: (gem. Verwaltungsvorlage)

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das Gebiet zwischen der nördlichen Grundstücksgrenze der Ringstraße 12, der Schillingsrotter Straße und der Bahnfläche (einschließlich der P+R-Parkplatzfläche) in Köln-Rodenkirchen —Arbeitstitel: "Ringstraße/Ecke Schillingsrotter Straße" in Köln-Rodenkirchen— aufzustellen, mit dem Ziel, ein Mischgebiet (MI) mit einer gemischten Nutzung aus Wohnen und Gewerbe festzusetzen und gleichzeitig eine zu starke Verdichtung insbesondere im Hinterland zu verhindern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der CDU- und FDP-Fraktion.

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 67478/02 Arbeitstitel: Amsterdamer Straße in Köln-Riehl 2004/2014

RM Weisenstein spricht sich zwar im Grunde für die Verwaltungsvorlage aus, hinterfragt jedoch im Folgenden kritisch die Lage des geplanten Spielplatzes. Seiner Kenntnis nach, solle dieser nicht unmittelbar auf dem Baugrundstück, sondern im Johannes-Giesberts-Park realisiert werden. Er bittet die Verwaltung um diesbezügliche Erläuterung. Ferner möchte er wissen, ob die Verwaltung auf dem Verhandlungswege versucht habe zu erreichen, dass der Investor freiwillig die Regelungen des Kooperativen Baulandmodells anwendet.

Herr Wolff (Stadtplanungsamt) erläutert das Planungskonzept in Anlage 6. In der Tat sei es schwierig, die Spielfläche für ältere Kinder auf dem Baugrundstück unterzubringen. Deswegen bestünden Überlegungen, diese in den Johannes-Giesberts-Park zu verlagern. Zudem müsse man bereits heute die noch anstehende Wohnbebauung an der Xantener Straße, wo derzeit noch Flüchtlingsunterkünfte untergebracht seien, bei den Planungen berücksichtigen. Den dann noch entstehenden Bedarf an weiteren Kinderspielflächen könne man zusammenfassen, indem man nun eine qualifizierte Spielplatzanlage im Johannes-Giesberts-Park schaffe.

Frau Müller (Leiterin des Stadtplanungsamtes) ergänzt in Bezug auf die Frage nach dem Kooperativen Baulandmodell, dass aufgrund der klaren Regelungen, insbesondere auch der Übergangsregelungen, und wegen des Gleichbehandlungsgrundsatzes keine derartigen Verhandlungen geführt würden.

RM Pakulat bittet die Verwaltung um Darstellung der Baumsituation, insbesondere um konkrete Auskunft, wie viele Bäume durch das Vorhaben gefällt werden müssen.

Herr Wolff bedauert, diese Frage nicht aus dem Stand beantworten zu können und sichert eine Beantwortung bis zur Ratssitzung zu.

Vorsitzende Gordes stellt die Beschlussvorlage mit dem Prüfauftrag zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage mit Prüfauftrag in den Rat und empfiehlt ihm wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 67478/02 für das Gebiet westlich der Amsterdamer Straße, südlich der Kinderklinik, östlich der Wohnbebauung der De-Vries-Straße und nördlich der Wohnbebauung der Nägelistraße in Köln-Riehl —Arbeitstitel: Amsterdamer Straße in Köln-Riehl— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;
2. den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 67478/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67439/04
Arbeitstitel: Nördliche Severinstraße (Bezirksteilzentrum) in Köln-Altstadt/Süd
2202/2014**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 67439/04 für das Gebiet zwischen Severinstraße, An St. Katharinen, Achterstraße, nördliche und westliche Grenze des Flurstücks 676, westliche Grenze der Flurstücke 740, 739, 421, 414 und 677 (öffentlicher Parkplatz), Achtergäßchen, Severinstraße, Kartäuserhof, westliche Grenze der Flurstücke 469 und 139/4, westliche und nördliche Grenze des Flurstücks 139/2, westliche Grenze der Severinstraße, südliche und westliche Grenze der Flurstücke 112/4, 112/1 und 247, westliche Grenze des Flurstücks 758/115, Jakobstraße, westliche und nördliche Grenze des Flurstücks 376, östliche Grenze der Flurstücke 363 und 362, Josephstraße, westliche Grenze der Flurstücke 351 und 341, Im Dau, westliche und nördliche Grenze des Flurstücks 741/30, westliche Grenze der Flurstücke 447 und 304 bis 312 (alle Gemarkung

Köln, Flur 12), Karl-Berbuere-Platz, westliche Grenze der Flurstücke 426 und 409 (beide Gemarkung Köln, Flur 10) und Perlengraben (B 55) –Arbeitstitel: Nördliche Severinstraße (Bezirksteilzentrum) in Köln-Altstadt/Süd– abgegebene Stellungnahmen gemäß Anlage 4;

- den Bebauungsplan 67439/04 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 69449/03
Arbeitstitel: Deutzer Ring in Köln-Deutz und -Humboldt/Gremberg, 2. Änderung
2283/2014**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt

- über die zur vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes 69449/03 eingegangene Stellungnahme gemäß Anlage 2;
- die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 69449/03 für das Gebiet zwischen Alemannenstraße und Reitweg im Westen, Deutz-Kalker Straße und Gießener Straße im Norden, An der Pulvermühle und Eisenbahntrasse im Osten und Auffahrt Severinsbrücke im Süden –Arbeitstitel: Deutzer Ring in Köln-Deutz und -Humboldt/Gremberg, 2. Änderung– nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) –jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung– als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**12.4 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66455/06 im ergänzenden Verfahren
Arbeitstitel: Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord
2291/2014**

RM Weisenstein bedauert, dass die Stadt ihr eigenes Höhenkonzept konterkariere. Seine Fraktion werde sich daher der Abstimmung enthalten.

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 66455/06 für das Gebiet zwischen Christophstraße, Gereonskloster, Gereonshof, Spiesergasse, Im Klapperhof, Hildeboldplatz und Von-Werth-Straße in Köln-Altstadt/Nord –Arbeitstitel: Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord– abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 5;
2. den Bebauungsplan-Entwurf 66455/06 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;
3. den Bebauungsplan 66455/06 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung;
4. den Bebauungsplan 66455/06 rückwirkend nach § 214 Absatz 4 BauGB zum 28.04.2010 in Kraft zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

**14.1 Aufhebung des Bebauungsplanes 66420/06
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Bischofsweg in Köln-Raderberg
0903/2013**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Rodenkirchen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**14.2 Teilaufhebung des Durchführungsplanes 70469/02
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Cusanusstraße in Köln-Buchforst
1867/2014**

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. das Verfahren zur Teilaufhebung des Durchführungsplanes 70469/02 für das Gebiet zwischen der Voltastraße, der Eulerstraße, der Waldecker Straße, der Heidelberger Straße und der Cusanusstraße in Köln-Buchforst —Arbeitstitel: Cusanusstraße in Köln-Buchforst— nach § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten und ihn zum Zwecke der Aufhebung mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen nach § 3 Absatz 2 BauGB öffentlich auszulegen;
2. von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 BauGB abzusehen.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Mülheim ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**14.3 Teilaufhebung des Bebauungsplanes 70460/04
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Pyrmonter Straße in Köln-Buchforst und Köln-Kalk
1872/2014**

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. das Verfahren zur Teilaufhebung des Bebauungsplanes 70460/04 für das Gebiet zwischen der Kalk-Mülheimer Straße, der Heidelberger Straße, der Dortmunder Straße, der Pyrmonter Straße, der Waldecker Straße, der Buchforster Straße, der Lüttringhauser Straße, der Wipperfürther Straße und der Bertramstraße in Köln-Buchforst und Köln-Kalk —Arbeitstitel: Pyrmonter Straße in Köln-Buchforst und Köln-Kalk— nach § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten und ihn zum Zwecke der Aufhebung mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen nach § 3 Absatz 2 BauGB öffentlich auszulegen;
2. von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 BauGB abzusehen.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen Kalk und Mülheim ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**14.4 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 1215
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Schweinheimer Straße/Kochwiesenstraße in Köln-Holweide
2199/2014**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. das Verfahren zur Aufhebung des Fluchtlinienplanes 1215, der einen großen Bereich um die ehemalige Baumwollbleicherei in Köln-Holweide betrifft und insbesondere das Gebiet östlich der Ferdinand-Stücker-Straße, beiderseits der Schweinheimer Straße beziehungsweise der Iddelsfelder Straße, im Osten einen großen Teil des Krankenhauses Holweide, Teile der Florentine-Eichler-Straße und Teile des Coloniageländes in Köln-Holweide abdeckt —Arbeitstitel: Schweinheimer Straße/Kochwiesenstraße in Köln-Holweide— nach § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten und ihn zum Zwecke der Aufhebung mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen nach § 3 Absatz 2 BauGB öffentlich auszu-legen;
2. von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 BauGB abzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

15 Sonstige Satzungen

**15.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortsla-
ge in Köln-Buchforst
Arbeitstitel: "Zentrum Buchforst" in Köln-Buchforst
1965/2014**

RM Sterck hätte sich hier eine Differenzierung des Begriffs „Vergnügungsstätte“ ana-log der Vorlage zu TOP 12.2, Nördlich Severinstraße gewünscht.

Frau Müssigmann (stellv. Amtsleiterin des Stadtplanungsamtes) erläutert, der Aufstel-lungsbeschluss für den in Rede stehenden Bebauungsplan sei bereits vor geraumer Zeit in diesem Gremium gefasst worden. Grund für die Veränderungssperre sei ein aktuell vorliegender Antrag für den Betrieb einer Spielstätte. Sofern der Stadtentwick-lungsausschuss eine Differenzierung –wie von Herrn Sterck beschrieben- wünsche, müsse dies entsprechend beschlossen werden.

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat folgenden **geänderten Beschlussvorschlag** zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Buchforst –Arbeitstitel: "Zentrum Buchforst" in Köln-Buchforst– für das Gebiet betreffend die Grundstücke Heidelberger Straße 7 bis 27, Waldecker Straße 45 bis 49, Kasseler Straße 27 und 28, Waldecker Straße 44 bis 48, Heidelberger Straße 29 bis 35, Bunsenstraße 1, Fabriciusstraße 7, Herschelstraße 10 und 13, Cusanusstraße 16, Waldecker Straße 42, Eulerstraße 11 und 14, Galileistraße 8 und 15, Klaprothstraße 10, Waldecker Straße 11 bis 27, Pyrmonter Straße 2, Waldecker Straße 33 bis 43, Heidelberger Straße 8 a bis 34 und die Grundstücke Dortmunder Straße 39 und 41 in Köln-Buchforst in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Der Begriff der „Vergnügungsstätte“ ist im Bebauungsplanverfahren analog der Vorlage „Nördlich Severinstraße, Session-Nr. 2202/2014“ zu differenzieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**15.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Holweide
Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide
2043/2014**

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Mülheim ohne Einschränkung zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Holweide für das Gebiet Kochwiesenstraße, Burgwiesenstraße, Ferdinand-Stücker-Straße und Schweinheimer Straße in Köln-Holweide in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

**16.1 Beschluss der Bezirksvertretung Kalk: Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Siedlung "In der Handschaft" in Köln-Brück
0614/2014**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

17 Mitteilungen

**17.1 Strategisches Flächenmanagement und Bodenwirtschaft
Positionspapier des Deutschen Städtetages
1343/2014**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.2 EU-Projekt Horizon 2020
1777/2014**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.3 European Energy Award - der Klimaschutz-Check wurde gestartet.
2523/2014**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.4 Zielvereinbarung zur Umsetzung eines Globalbudgets für die Wohn-
raumförderung
2537/2014**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.5 Planfeststellungsverfahren für den Bau des Rhein-Ruhr-Express (RRX) -
Planfeststellungsabschnitt 1.1 Köln-Mülheim bis Köln-Stammheim
2579/2014**

Herr Pütz (Bauverwaltungsamt) erläutert die Mitteilung der Verwaltung.

RM Frenzel regt an, die Mitteilung auch dem Verkehrsausschuss zur Kenntnis zu geben. Ferner appelliert er an die anderen Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses, dass auch sie sich beim Verkehrsministerium für einen Halt des RRX in Mülheim einsetzen.

**17.6 Kommunales Wohnungsbauprogramm vom 15.05.2012 - Förderatlas
2623/2014**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.7 Sachstandsbericht zum Vorhaben Fernbuslinienbahnhof am Flughafen
Köln/Bonn
2620/2014**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

17.8 Sanierung südliche Innenstadt-Erweiterung | ESIE 2802/2014

RM Jahn zeigt sich irritiert von der Aussage, die Stadt habe ein 7,9 ha großes Grundstück nördlich der Toyota-Allee erworben, welches neben dem Großmarkt auch den affinen Unternehmen angeboten werden solle (Seite 1 vorletzter Absatz). Beschlusslage sei ihres Wissens aber, das in Rede stehende Gebiet freizuhalten und stattdessen das bereits bestehende GE-Gebiet zu entwickeln. Sie bittet die Verwaltung um Stellungnahme hierzu.

Frau Kröger (Amtsleiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik) sagt eine schriftliche Erläuterung zu.

Vorsitzende Gordes bittet um Vorlage dieser ergänzenden Stellungnahme bis zur nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses unter Beifügung einer entsprechenden Plankarte.

RM Henseler geht im Folgenden auf das Verfahren für die Bürgerbeteiligung ein und regt an, in das Begleitgremium zum Werkstattverfahren auch Vertreter außerhalb der Politik, wie Mitglieder der Bürgerinitiative, prozessbegleitend einzubinden. Ferner gebe es für Sanierungsgebiete spezielle Formen der Bürgerbeteiligung. Er fragt an, ob es seitens der Verwaltung bereits konkrete Überlegungen hierzu gebe.

Beigeordneter Höing antwortet, dass hierzu noch ein modifizierter Vorschlag der Verwaltung folge.

17.9 Dringlichkeitsantrag der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 16.12.2013 betreffend Grundstück Liebigstraße 201 für Wohnen entwickeln; hier: Auftrag des Stadtentwicklungsausschusses an die Verwaltung zur Erstellung eines Lärmgutachtens 2822/2014

SE Brock-Mildenberger zeigt sich verwundert über die Ankündigung des in Rede stehenden Gutachtens für das Jahr 2015. Im östlichen Areal gebe es bereits seit Jahrzehnten Wohnungsbau und insbesondere deswegen könne er nicht nachvollziehen, was die Erstellung des Gutachtens derart kompliziert und langwierig mache und bittet um diesbezügliche Erläuterung. Ferner bittet er um Auskunft, welche Nutzung die RheinEnergie für das städtische Grundstück vorsehe und ob sie auch Interesse an dem Areal des dort ansässigen Autohauses angemeldet habe.

RM Dr. Welpmann zitiert aus dem Protokoll zur letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses, wonach es angeblich bereits ein Verkehrsgutachten gebe. Ferner sei seines Wissens nach auch schon ein Schallgutachten erstellt worden. Insofern könne man sich möglicherweise die Kosten für ein weiteres Gutachten sparen und zügig zu einem Ergebnis kommen.

Vorsitzende Gordes merkt an, es sollte sich dann aber um ein unabhängiges Gutachten handeln.

RM van Geffen stellt richtig, dass es sich nicht um ein gewerblich geprägtes Umfeld handele, sondern um ein Mischgebiet (3. Satz der Mitteilung). Zudem gebe es dort schon seit Jahrzehnten Wohnbebauung.

RM Weisenstein knüpft an die Ausführungen des Herrn Brock-Mildenberger an und möchte wissen, welche Planungen, bzw. Nutzungen denn die Verwaltung favorisiere.

In Anbetracht noch freier Flächen auf dem Gebiet des ehemaligen Schlachthofes könne er sich nämlich nicht vorstellen, dass das Grundstück für weitere gewerbliche Zwecke vorgehalten werden solle.

RM Kienitz ist der Meinung, nunmehr gelange man in eine Grundsatzdiskussion, die jedoch an anderer Stelle und nicht im Rahmen der Kenntnisnahme zu einer Mitteilung geführt werden sollte. Nach Vorlage des Lärmgutachtens sei eine solche Diskussion angezeigt.

Frau Müller (Leiterin des Stadtplanungsamtes) führt aus, es handele sich hier um eine typische „Gemengelage“, welche sich dadurch auszeichne, dass Betriebe dort ansässig seien, die in einem 3-Schicht-Betrieb, also 24 Stunden am Tag, produzieren. Dies stelle eine massive Einschränkung für eine eventuelle Wohnbebauung dar. Insofern müsse man dort eigentlich zum Schutz des Gewerbes Wohnen gänzlich ausschließen. Auch die RheinEnergie habe bereits Bedenken gegen derartige Planungen angemeldet. Eine Verträglichkeitsprüfung könne nur über das noch zu erstellende Gutachten erfolgen.

RM Frenzel bittet um Bekanntgabe des eben angesprochenen, privaten Lärmgutachtens. Sofern dieses zugunsten einer Wohnnutzung ausfalle, erwarte er, dass die Verwaltung zügig eine entsprechende Vorlage einbringe. Er habe den Eindruck, dass insbesondere auf dem Gebiet der RheinEnergie etwas in Bewegung gerate und Überlegungen angestellt würden, Teile des Areals in Wohnbaufläche umzuwandeln. Ihm sei daran gelegen, den Wohnungsbau voranzubringen und deshalb sollte man auch über Gewerbeflächen nachdenken, die hierfür geeignet sein könnten.

Frau Müller erklärt, das angesprochene Lärmgutachten sei ihr nicht bekannt und sie müsse dies erst eruieren. Über das Ergebnis werde sie den Stadtentwicklungsausschuss informieren.

18 Mündliche Anfragen

18.1 Mündliche Anfrage des RM Kienitz zu den Modalitäten des Kooperativen Baulandmodells

RM Kienitz fragt an, ob es für die potentiellen Investoren Leitlinien oder dergleichen zur Anwendung des Kooperativen Baulandmodells gebe.

Frau Müller (Leiterin des Stadtplanungsamtes) antwortet, der bereits existente Leitfaden zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan sei um die Modalitäten des Kooperativen Baulandmodells erweitert worden. Parallel hierzu sei eine Broschüre erstellt worden, welche sich kurz vor der Drucklegung befinde.

18.2 Mündliche Anfrage des RM Roß-Belkner zu einem Bauvorhaben in der Kapellenstraße, Köln-Rondorf

RM Roß-Belkner führt aus, bereits vor einigen Jahren sei ein Bebauungsplan für die Errichtung von 14 bis 16 Einfamilienhäusern auf einem städtischen Grundstück in der Kapellenstraße beschlossen worden. Bisher sei das Vorhaben aber nicht umgesetzt worden; das Grundstück liege seit 3 bis 4 Jahren brach. Sie bittet die Verwaltung um Auskunft, ob das Grundstück einer anderen Nutzung zugeführt werden solle, bzw. was der Grund für diese zeitliche Verzögerung sei.

Frau Müller (Leiterin des Stadtplanungsamtes) bestätigt, dass für das in Rede stehende Grundstück Planrecht bestehe. Weshalb es möglicherweise bei der Vermarktung des Grundstücks Probleme gebe, müsse sie zunächst beim Amt für Liegenschaften erfragen.

18.3 Mündlicher Antrag des RM Sterck zur Geschäftsordnung

RM Sterck bittet die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses darum, mündliche Anfragen auf aktuelle Ereignisse zu beschränken und alle anderen Anfragen schriftlich zur Sitzung einzureichen. So sei man in der Vergangenheit verfahren und dies habe sich auch bewährt.

19 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Vorsitzende Gordes schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Birgit Gordes
Vorsitzende

gez. Marianne Michels
Schriftführerin